

Einstellungen junger Polen zur europäischen Integration im Vergleich zu Gleichaltrigen ausgewählter EU-Mitgliedsländer

Agnieszka Łada, Warschau

Zusammenfassung

Junge Europäer aus Deutschland, Österreich, Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn schätzen die europäische Integration und nehmen die mit ihr verbundenen Vorteile wahr, insbesondere den Frieden in Europa. Als Herausforderungen, die vor der Europäischen Union stehen, nennen sie am häufigsten Terrorismus und Immigration. Die europäische Jugend spricht sich deutlich dafür aus, dass ihre Länder in der EU bleiben, aber auch für deren weitere Reformierung. Die Polen unterscheiden sich in ihrer Unterstützung für die europäische Integration nicht von den Gleichaltrigen der anderen untersuchten Länder. Ähnliche Einstellungen zeigen die jungen Menschen der Visegrád-Gruppe vor allem bei den Themen Migranten und Flüchtlinge. Die Einstellungen der jungen Polen gegenüber der europäischen Integration gehen mit einer positiven Haltung zur Demokratie einher.

Über drei Viertel (77 Prozent) der befragten jungen Menschen sind der Meinung, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union etwas Positives ist. Am häufigsten stimmen die Deutschen dieser Aussage zu (87 Prozent). Auch bei den Polen ist die Überzeugung von der positiven Bedeutung der europäischen Integration sehr stark (76 Prozent) und liegt auf dem Niveau des länderübergreifenden Durchschnittswertes der Befragten, allerdings liegt sie bei den Österreichern (77 Prozent) und den Ungarn (79 Prozent) noch höher. Bei den jungen Polen stellen die Frauen mit 84 Prozent mehr Anhängerinnen der Europäischen Union als die Männer mit 69 Prozent. Es treten aber keine anderen statistisch wesentlichen sozio-demografischen Unterschiede bei den Antworten auf diese Frage auf.

Die jungen Menschen sprechen sich im Allgemeinen für den Verbleib ihres Landes in der Europäischen Union aus, sie weisen aber gleichzeitig auf die Notwendigkeit von Reformen hin (67 Prozent der Gesamtheit der Befragten der sechs Länder). Auch dieser Standpunkt wird am entschiedensten von den jungen Deutschen vertreten (77 Prozent). Ebenso sprechen sich die Polen mit deutlicher Mehrheit (64 Prozent) für den Verbleib ihres Landes in einer reformierten EU aus – diese Meinung vertreten dreimal so viele Befragte wie es Befürworter des Status quo gibt (21 Prozent). Unter dem Begriff der Reformierung verstehen sie vor allem den Abbau der Bürokratie und Veränderungen mit dem Ziel, aus der EU eine Gemeinschaft zu machen, die »bürgerfreundlicher« ist. Ähnlich äußern sich in dieser Frage die Bürger der anderen Visegrád-Staaten, jedoch ist in der Slowakei jeder fünfte junge Befragte (22 Prozent) für den Austritt seines Landes aus der Union. Sozio-demografische Merkmale sind kein wesentliches Unterscheidungsmerkmal bei den Antworten der jungen Polen. Es steht

zu vermuten, dass es eine positive Korrelation zwischen der Bewertung der europäischen Integration und dem Wunsch nach dem Verbleib Polens in der EU gibt.

Die Vorteile der europäischen Integration

60 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge erachten die jungen Menschen den Wert, auf den die Väter Europas das Fundament der heutigen Europäischen Union gründeten, als den wichtigsten Gewinn – die Bewahrung des Friedens zwischen den Staaten. Mehr als drei Viertel (78 Prozent) aller Befragten benennen dies als wichtigen oder sehr wichtigen Vorteil, am meisten in Österreich (81 Prozent) und in Deutschland (80 Prozent). Der zweite wesentliche Gewinn der Zugehörigkeit zur Union ist für die Allgemeinheit der jungen Europäer die Möglichkeit, in einem anderen Mitgliedsstaat arbeiten und wohnen (66 Prozent) oder auch studieren (62 Prozent) zu können. Ab dem zweiten Platz in der Hierarchie der Vorteile treten allerdings Unterschiede zwischen den Befragten auf. Für die jungen Deutschen und Ungarn ist ein gemeinsames europäisches Handeln für den Klimaschutz relativ wichtiger (70 und 67 Prozent), während die Polen, die Slowaken und die Österreicher die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Niederlassungsfreiheit an zweiter Stelle nennen (72, 64 und 67 Prozent).

Die finanziellen Mittel, die an die schwächer entwickelten EU-Mitgliedsstaaten fließen, werden von der Gesamtheit der Befragten am seltensten als wichtiger oder sehr wichtiger Vorteil genannt (45 Prozent). Am häufigsten nennen diesen Aspekt die jungen Polen (58 Prozent), aber weniger als die Hälfte der Ungarn (49 Prozent), der Deutschen (44 Prozent) und der Österreicher (41 Prozent) und nur 39 Prozent der Slowaken und 37 Prozent der Tschechen, das heißt Vertreter der Länder, die immer noch von diesem Aspekt der EU-Mitgliedschaft profitieren. Über die

Hälfte der Befragten aus den sechs Ländern bezeichnete alle genannten Vorteile als wichtig oder sehr wichtig, mit Ausnahme der finanziellen Transfers, die allein in Polen die Mehrheit der jungen Menschen zu schätzen wusste.

Ähnlich wie ihre Altersgenossen aus den anderen Ländern nennen die jungen Polen an erster Stelle des Vorteilsrankings Frieden (76 Prozent) und an zweiter Stelle die Möglichkeit, in einem anderen EU-Land zu leben und zu arbeiten (72 Prozent). Die Aufhebung der Grenzkontrollen und die Möglichkeit, in der ganzen Europäischen Union studieren zu können, beurteilen sie annähernd gleich (63 bzw. 61 Prozent). Relativ am seltensten wird gemeinsames Handeln für den Klimaschutz als wichtiger Vorteil der europäischen Integration genannt (48 Prozent), womit sie sich deutlich von den anderen befragten Gruppen unterscheiden (Tschechen – 58 Prozent, Slowaken – 55 Prozent).

Die Probleme, vor denen die EU steht

Als die wichtigsten Probleme, mit denen sich die Europäische Union auseinandersetzen muss, erachtet die Jugend der sechs untersuchten Länder den islamistischen Terrorismus und Fundamentalismus (74 Prozent der Befragten insgesamt) sowie die Zuwanderung von Flüchtlingen und Migranten (70 Prozent). Die Befragten der einzelnen Staaten stimmen allerdings in der Priorisierung der wahrgenommenen Probleme nicht komplett überein. Während die Polen, Tschechen, Österreicher und Deutschen den Terrorismus als das größte Problem ansehen (83, 77, 68 und 64 Prozent), nennen die Ungarn und Slowaken die Zuwanderung von Flüchtlingen und Migranten (77 und 76 Prozent), wobei die Slowaken gleichwertig Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Instabilität nennen. Relativ am seltensten betrachtet die Gesamtheit der Befragten die Außenpolitik des russischen Präsidenten Wladimir Putin als Problem (37 Prozent) und, dass den Geheimdiensten immer größere Kompetenzen eingeräumt werden (37 Prozent). Hier werden allerdings Unterschiede sichtbar. Die Polen sehen die Politik des russischen Präsidenten relativ häufiger als ein wichtiges Problem (53 Prozent) an als die übrigen, beispielsweise die Deutschen (39 Prozent) und insbesondere die Slowaken (28 Prozent) und die Ungarn (29 Prozent).

Den islamistischen Terrorismus und die Zuwanderung von Flüchtlingen und Migranten hält die deutliche Mehrheit der jungen Polen für ein sehr wichtiges oder wichtiges Problem (83 und 79 Prozent). An nächster Stelle werden soziale und wirtschaftliche Themen genannt: Arbeitslosigkeit, Unsicherheit in Bezug auf den Arbeitsplatz, wirtschaftliche Instabilität, das niedrige demografische Wachstum und Schwierigkeiten mit der Finanzierung des Rentensystems (jeweils 62 Prozent). Relativ am seltensten – von weniger als der Hälfte der Befragten –

werden zunehmender Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit in den Gesellschaften Europas genannt sowie, dass den Geheimdiensten immer größere Kompetenzen zugestanden werden.

Meinungen zum Thema Immigranten und Flüchtlinge

Eine eindeutig größere Differenzierung in den Antworten der jungen Menschen der sechs untersuchten Länder tritt bei der Beurteilung der Bedeutung der Immigration für das jeweilige Land des Befragten zutage. Generell ist die Jugend der Visegrád-Staaten deutlich skeptischer gegenüber Migranten als die Österreicher und vor allem die Deutschen.

Lediglich jeder vierte der Gesamtheit der Befragten der sechs Länder ist der Meinung, dass Immigranten einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum seines Landes leisten. Am häufigsten vertreten Deutsche (42 Prozent) und Österreicher (32 Prozent) diese Ansicht. Die Polen liegen auf dem dritten Platz (26 Prozent) und geben diese Antwort zweimal häufiger an als die Slowaken (13 Prozent) und fast dreimal häufiger als die Ungarn (9 Prozent). Unter den Polen, die angeben, dass sie in ihrer Umgebung Kontakt zu Immigranten hatten, stimmen mit 31 Prozent doppelt so viele dieser Meinung zu gegenüber 16 Prozent, die nie Kontakt zu einem Immigranten hatten. Zwei Drittel der polnischen Befragten (67 Prozent) bejahten, dass sie irgendwann einmal Kontakt zu einem Immigranten in ihrer Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, in der Schule oder an Orten, wo sie sich häufig aufhalten, hatten.

Allein in Deutschland überwiegen die positiven Antworten beim Thema Einfluss der Immigranten auf die demografische Lage leicht die negativen Antworten (45 zu 40 Prozent). Dagegen sehen Ungarn (79 Prozent), Slowaken (72 Prozent) und Polen (70 Prozent) eindeutig keine solche positive Wirkung. Auch zwei Drittel der Tschechen (66 Prozent) stellen diese nicht fest. Auch in diesem Fall wirkt sich bei den jungen Polen der Kontakt zu einem Immigranten auf die Wahrnehmung der Vorteile der Immigration auf das Rentensystem aus (21 zu 12 Prozent).

Die jungen Bürger der Visegrád-Gruppe sehen in Immigranten eine Belastung für das Sozialsystem. Von diesen negativen Folgen der Immigration sind insbesondere die Ungarn (74 Prozent) und die Slowaken (73 Prozent) sowie die Tschechen (70 Prozent) überzeugt. Die Polen stimmen dieser Aussage ebenfalls mehrheitlich zu (60 gegenüber 30 Prozent der gegenteiligen Meinung). Die Österreicher sind in dieser Frage gespalten (44 zu 39 Prozent), während über die Hälfte der Deutschen (52 Prozent) keine Belastung für das Sozialversicherungssystem im Zusammenhang mit Immigration sieht. Auch in dieser Frage sind die Polen, die schon Kontakt zu einem Immigranten hatten, seltener von den negati-

ven Folgen des Aufenthalts des Immigranten überzeugt (53 zu 76 Prozent).

Die Jugend der Visegrád-Staaten ist außerdem davon überzeugt, dass die Immigranten eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und die Sicherheit ihres Landes darstellen. Ähnlich wie in den vorangegangenen Fragen vertreten die Ungarn (70 Prozent) und die Slowaken (68 Prozent) die eindeutig negativste Einstellung zu diesem Thema, es folgen die Polen und die Tschechen (jeweils 60 Prozent). In jedem dieser Länder wurden mindestens doppelt so viele negative wie positiven Antworten gegeben. Allein die Mehrheit der Deutschen nimmt eine solche Gefahr nicht wahr (58 Prozent), bei den Österreichern ist es fast die Hälfte der Befragten (48 Prozent). Die befragten Polen, die Kontakt zu einem Immigranten hatten, sehen eine solche Gefahr seltener (51 zu 77 Prozent).

Die Polen sind, ähnlich wie die Tschechen, die Slowaken und die Ungarn, auch eindeutig gegen die Aufnahme von Flüchtlingen aus Ländern, in denen militärische Konflikte ausgetragen werden, oder von politisch Verfolgten, wie es das internationale Recht und die Standards vorsehen. Die größte Ablehnung zeigen die Slowaken (75 Prozent) und die Polen (73 Prozent), wobei die Unterschiede zu den Antworten der Ungarn (72 Prozent) und der Tschechen (70 Prozent) gering sind. In Deutschland und Österreich sind die Tendenzen umgekehrt – die Mehrheit der Befragten spricht sich für die Aufnahme von Flüchtlingen aus (73 gegenüber 61 Prozent). Besonders sichtbar wird der Unterschied, wenn die Antworten der Deutschen den Meinungen der jungen Menschen aus den Visegrád-Ländern gegenübergestellt werden.

Sozio-demografische Merkmale machen keinen wesentlichen Unterschied bei den Antworten der jungen Polen. Es steht zu vermuten, dass die Polen, die die europäische Integration im Allgemeinen positiv bewerten, etwas positiver gegenüber der Aufnahme von Flüchtlingen eingestellt sind als diejenigen, die die europäische Integration für schlecht halten. Ebenso tritt die umgekehrte Abhängigkeit auf: Diejenigen, die meinen, dass man Flüchtlinge aufnehmen solle, unterstützen häufiger die europäische Integration.

Die Einstellung zur Demokratie

Die Jugendlichen in allen untersuchten Ländern haben in der Mehrheit eine positive Einstellung zur Demokratie. Die Unterschiede zwischen den Antworten der befragten Deutschen und Österreichern und denen der Polen und der Befragten der übrigen Visegrád-Staaten sind im Allgemeinen nicht sehr groß. Insgesamt ist allerdings der Anteil derer, die auf die Fragen zur Demokratie nicht antworten konnten (zwischen 12 und 26 Pro-

zent je nach Land und Frage), deutlich höher als bei den Meinungen zum Thema Europäische Union. Das zeigt, dass sich die Frage für einen Teil der jungen Menschen als schwierig erwies.

Die größten Unterschiede zwischen den Antworten der Befragten der jeweiligen Länder treten bei der Beurteilung der Demokratie als bestmögliches politisches System auf. Dieser Aussage stimmen 71 Prozent der Deutschen und der Österreicher zu, 60 Prozent der Tschechen und (ungefähr) die Hälfte der Polen (50 Prozent), der Slowaken (51 Prozent) und der Ungarn (48 Prozent). Gleichzeitig ist in Polen die größte Gruppe Jugendlicher zu verzeichnen, die dieser Aussage widerspricht (29 Prozent). Ähnlich verhält es sich in Ungarn (27 Prozent). In Ungarn und in der Slowakei wiederum war jeder vierte Befragte und in Polen und Tschechien jeder fünfte nicht in der Lage, die Frage zu beantworten.

In Polen betrachten mehr junge Frauen als junge Männer die Demokratie als bestmögliches politisches System, zudem die Befragten, die die europäische Integration positiv bewerten und in der EU bleiben wollen.

Österreicher, Deutsche und Polen weisen die Feststellung entschieden zurück, dass es keine Bedeutung habe, ob die Regierung demokratisch ist (73, 72 und 71 Prozent). In den anderen drei Ländern sind die Anteile derer, die diese Feststellung bejahen, ebenfalls hoch, aber um zirka 10 Prozentpunkte niedriger.

In Polen hat die Frage, ob die Regierung demokratisch ist oder nicht, für Männer eine geringere Bedeutung als für Frauen und ist relativ weniger wichtig für diejenigen, die die europäische Integration insgesamt negativ beurteilen und aus der EU austreten wollen.

Die jungen Europäer der sechs untersuchten Länder sind auch in ihren Ansichten darüber gespalten, ob die Menschenrechte und die Bürgerrechte mit dem Ziel des besseren Schutzes der Menschen eingeschränkt werden sollten (41 bis 40 Prozent der Gesamtheit der Befragten). Relativ am häufigsten lehnen eine potentielle Einschränkung die Österreicher (48 Prozent) ab, gefolgt von den Deutschen (46 Prozent) und den Polen (43 Prozent). Die Hälfte der Ungarn (51 Prozent) und fast die Hälfte der Tschechen (47 Prozent) sprechen sich für diese Möglichkeit aus. Die Slowaken sind mit jeweils 39 Prozent gespalten.

Beurteilungen der Globalisierungsprozesse und der gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre

Die jungen Polen, die insgesamt zufrieden mit dem Prozess der europäischen Integration sind, sind auch große Befürworter der Globalisierungsprozesse: des zunehmenden freien Warenverkehrs zwischen Staaten, des Kapitaltransfers, der erleichterten Kommunikation und Mobi-

lität der Menschen und Kulturen. Sie sind der Meinung, dass diese Prozesse eher einen positiven Einfluss auf Polen haben (74 Prozent) sowie auch auf junge Menschen wie sie (81 Prozent). Sie stehen hier deutlich an der Spitze der sechs befragten Gruppen. Am seltensten teilen diese Ansicht die jungen Ungarn (59 und 66 Prozent) und die Slowaken (52 und 64 Prozent).

Zwischen den positiven Meinungen über die Globalisierungsprozesse und der Unterstützung für die europäische Integration besteht ein Abhängigkeitsverhältnis. Die Polen, die die Integration negativ bewerten, beurteilen häufiger als die anderen die zunehmende Abhängigkeit zwischen den Staaten als einen negativen Prozess. Die Gegner der Globalisierung wollen auch häufiger die EU verlassen.

Gleichzeitig bewerten die Polen die gesellschaftlichen Veränderungen unterschiedlich, die in den letzten Jahren in Europa Einzug hielten. Bei den drei in der Untersuchung genannten Tendenzen wird allein die steigende Anzahl von Frauen in Führungspositionen der Politik und Wirtschaft von der Mehrheit der befragten jungen Polen als gesellschaftliche Veränderung zum Besseren bewertet (55 Prozent). Die wachsende ethnische und religiöse Vielfalt der europäischen Gesellschaften sowie die steigende Akzeptanz homosexueller Beziehungen werden deutlich seltener als Veränderungen zum Besseren genannt (16 bzw. 36 Prozent). Umgekehrt betrachten 47 und 33 Prozent der befragten Polen diese als eine Veränderung zum Schlechteren. Vergleicht man diese Ergebnisse mit den Antworten der jungen Deutschen, treten deutliche Unterschiede insbesondere in zwei Fällen zutage. Deutlich über die Hälfte der jungen Deutschen sieht in der größeren Akzeptanz homosexueller Beziehungen eine positive Veränderung (63 Prozent) und 40 Prozent in der zunehmenden ethnischen und religiösen Differenzierung. In der Frage der Frauen in Führungspositionen unterscheiden sich die jungen Polen und Deutschen kaum – 50 Prozent der Deutschen halten diese Veränderung für positiv.

Die politischen Orientierungen der jungen Polen und ihre Meinungen zur EU und den gesellschaftlichen Veränderungen

Gefragt, wie sie im Allgemeinen ihre politischen Ansichten beschreiben würden, positionieren sich die jungen Polen eindeutig in der Mitte der Links-Rechts-Skala (68 Prozent). Mehr als jeder Fünfte betrachtet sich als Anhänger rechter Einstellungen (22 Prozent) und nur 8 Prozent vertreten linke Einstellungen. In sozio-demografischen Merkmalen unterscheiden sich die Befragten nicht. Die Verknüpfung der politischen Ansichten mit den Beurteilungen der europäischen Integration erlaubt jedoch, bestimmte Tendenzen zu benennen. Personen,

die ihre Ansichten als rechts beschreiben, sind deutlich häufiger für einen Austritt Polens aus der EU als diejenigen, die sich auf dem linken Flügel der politischen Bühne verorten.

Bei der Nennung konkreter Parteien, die sie wählen würden, wählen die jungen Polen relativ häufig Gruppierungen, die sich als Anti-System- oder Anti-Establishment-Parteien charakterisieren lassen. Deren radikale Sprache zieht eindeutig eine beträchtliche Gruppe junger Menschen an. Interessanterweise belegt die aktuell regierende Partei *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)* nur den vierten Platz im Ranking und nur 13 Prozent der Befragten geben an, die *PiS* wählen zu wollen.

Sowohl im Falle der Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala als auch der Unterstützung für eine Partei werden deutliche Unterschiede zwischen den Antworten von Frauen und Männern sichtbar. Junge Frauen sind deutlich weniger bereit, einer Gruppierung ihre Stimme zu geben, die sich als Anti-System-Partei bezeichnet, beispielsweise *Kukiz '15* und der Freiheitspartei von Janusz Korwin-Mikke (*Wolność Janusz Korwin-Mikke*). Trotz dieses Unterschiedes befinden sich die beiden Gruppierungen auch unter den befragten Frauen auf dem ersten Platz. *Kukiz '15* würden 35 Prozent der jungen Männer und 20 Prozent der jungen Frauen wählen. Für die Gruppierung *Wolność*, deren Chef Janusz Korwin-Mikke für seine sexistischen Äußerungen berühmt ist, würden 25 Prozent der Männer und »nur« 14 Prozent der Frauen stimmen.

Die angewandte Untersuchungsmethode erlaubt auch, das sogenannte negative Elektorat zu schätzen. Den jungen Polen fällt es eindeutig leichter, die Parteien zu nennen, die sie nicht wählen würden, als die, denen sie ihre Stimme geben würden. Sogar die Partei *Kukiz '15*, die sich relativ der größten Popularität erfreut, hat ein größeres negatives als positives Elektorat. Überraschend stark ist der Grad der Ablehnung der Jugend gegenüber der regierenden *PiS*. 54 Prozent der Befragten beurteilen die Wahrscheinlichkeit, diese Partei zu wählen, gleich Null. Dies ist mehr als bei jeder anderen Partei, die in die Untersuchung aufgenommen wurde. Insgesamt zwei Drittel der befragten jungen Menschen wollen *PiS* nicht wählen. Über die Hälfte der Befragten lehnen ebenso entschieden die Wahl linker Gruppierungen wie der *Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD)* und der *Polnische Initiative (Inicjatywa Polska)* sowie die Wahl der *Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL)* ab.

Wenig überraschend ist, dass die Anhänger der *PiS*, von *Kukiz '15* und *Wolność* häufiger die europäische Integration als schlecht bewerten und negativ gegen-

über Flüchtlingen und Migranten eingestellt sind als die Anhänger der anderen Parteien.

Schlussfolgerungen

Die jungen Polen sind, ähnlich wie die Gleichaltrigen in den anderen fünf untersuchten Ländern, positiv der europäischen Integration gegenüber eingestellt und wissen die Vorteile auch individuell zu schätzen. An die Spitze der Vorteile setzen die jungen Europäer, dass die Integration Frieden in Europa garantiert, was der landläufigen Meinung zu widersprechen scheint, dass die jüngere Generation sich eher für wirtschaftliche Aspekte interessiert, wie beispielsweise die europäischen Fonds, die die Entwicklungsunterschiede zwischen den einzelnen Ländern ausgleichen sollen.

Ein weniger offensichtlicher Vorteil, aber dennoch von der Mehrheit der Befragten genannter, ist die Möglichkeit, die Staatsgrenzen der EU-Mitgliedsländer ohne Kontrolle passieren zu können. Möglicherweise zeigt das, dass bestimmte Themen für einen Teil der jungen Menschen eine Selbstverständlichkeit geworden sind, deren Bedeutung nicht immer bewusst ist. Interessant ist, dass die Einstellung zu dieser Frage die Jugend in Ostmitteleuropa spaltet. Die Polen und die Ungarn antworten hier anders als die Slowaken und die Tschechen. Insbesondere die polnische Jugend weiß die Vorteile der Personenfreizügigkeit im Rahmen der Union zu schätzen, und zwar nicht nur hinsichtlich der Grenzkontrollen, sondern auch mit Blick auf die Möglichkeiten, in anderen EU-Ländern zu arbeiten und zu studieren.

Die jungen Einwohner Ostmitteleuropas wissen zwar den Frieden zu schätzen, gleichzeitig wollen sie ihn aber nicht mit Flüchtlingen aus den Teilen der Welt teilen, in denen Krieg und Verfolgung herrschen. Wesent-

lich ist hier, dass die Jugend der Länder, die es ablehnen, Flüchtlinge aus dem Nahen Osten aufzunehmen, den Flüchtlingen gegenüber viel negativer eingestellt sind als die jungen Deutschen, deren Land Hunderttausenden Flüchtlingen Schutz gewährt. Dies verbindet sich sicherlich mit einer sehr negativen Wahrnehmung der Migranten und ihrer Einflüsse auf die aufnehmende Gesellschaft. Nicht ohne Bedeutung ist das Gefühl der Gefahr durch Terrorismus. Interessanterweise bewerten die jungen Polen den Terrorismus als »sehr großes Problem«, wobei sie ihn allerdings in Polen nicht direkt erleben. Sie äußern sich aber deutlich seltener in dieser Weise über die Politik von Wladimir Putin, der in Polen traditionell als Gefahr betrachtet wird. Deutlich weniger als die deutschen Gleichaltrigen zeigen sich die jungen Polen über Phänomene wie Fremdenfeindlichkeit oder Populismus bei europäischen Politikern beunruhigt.

Die Befragung zeigte auch, dass nicht alle jungen Menschen gleichermaßen Befürworter der Demokratie als beste existierende Staatsordnung sind, obgleich diejenigen, die der Ansicht sind, dass es egal ist, ob sie in einer Demokratie leben oder nicht, deutlich in der Minderheit sind. Darüber hinaus herrscht relativ große Zustimmung zur Beschneidung der Demokratie im Namen der Sicherheit. Weiter zeigt sich, dass der Glaube an die Bedeutung der Demokratie und ihre Mechanismen positiv mit der Unterstützung für die europäische Integration korreliert. Gleichzeitig erhalten die Globalisierungsprozesse große Unterstützung, während die gesellschaftlichen Veränderungen, die sie in Europa hervorrufen, von den jungen Menschen der sechs Länder unterschiedlich bewertet werden.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Informationen zur Untersuchung

Die Befragung wurde vom 30. Januar bis 13. Februar 2017 von Kantar Public im Auftrag des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP) und der Bertelsmann Stiftung in Form von *online*-Interviews (CAWI) mit einer repräsentativen Gruppe von 3.000 Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren aus Deutschland, Polen, der Slowakei, Tschechien, Ungarn und Österreich (500 Interviews pro Land) durchgeführt. Die Probe des betreffenden Landes wurde auf der Basis der offiziellen Statistiken der Europäischen Union (Eurostat) zusammengestellt.

Über die Autorin

Dr. Agnieszka Łada ist Politikwissenschaftlerin und Leiterin des Europa-Programms und *Senior Analyst* am Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau (Instytut Spraw Publicznych – ISP, Warszawa) sowie Mitglied des Aufsichtsrats der Stiftung Kreisau für europäische Verständigung und des deutsch-polnischen Gesprächskreises Kopernikus-Gruppe. Ihre Spezialgebiete sind die EU-Institutionen, Deutschland und die deutsch-polnischen Beziehungen, die polnische Außen- und Europapolitik, die Wahrnehmung Polens im Ausland und der Ausländer in Polen.